

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter

Verlag Heinz Lahrendorf, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Verhand Joh. van Aken, Krefeld, Ruth. Kirchstr. 65, Tel. 248 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—30.

Nummer 45

Düsseldorf, den 7. November 1931

Verhandorf Krefeld

Was trennt uns vom Kommunismus?

F. Die kommunistische Propaganda nimmt zu. Betrieb und Stempelstellen sind ihr bevorzugtes Arbeitsfeld. Ihre Wirklichkeit ist nicht ohne Erfolg. Die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedingte Not, der mangelnde Opferwillen führender Säkular in Wirtschaft und Verwaltung, das offensichtliche Verlagen und die oft oberflächliche, ja geradezu verantwortungslose Art der Wirtschaftsführung, das Bestreben reaktionärer Kreise, die Arbeiterschaft durch Lohnkürzung, Abbau der Sozialleistungen und durch Eintretung wieder zum Lastesel der Gesellschaft zu machen, begünstigt die kommunistische Propaganda. Diese ist insbesondere bestrebt, die Jugend der kommunistischen Ideenwelt und ihrem praktischen Ziel, der Errichtung der Sowjetrepublik, dienstbar zu machen. Auch die christliche Arbeiterschaft und deren Jugend wird vom Kommunismus umworben. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, Klartheit zu schaffen über die kommunistische Ideenwelt und deren praktische Auswirkungen.

Wir sind eine christliche Bewegung. Das Wörtchen Christlich ist uns nicht nur wertvoll, hat nicht bloß Agitationswert. Wie wir aus unserer Überzeugung die Lehren und Gaben des Christentums als Grundlage und Richtschnur für unser persönliches Leben und Handeln erkennen, so auch für das Leben und Handeln unserer Bewegung. Weht noch mir, dass sie auch wieder Grundlage und Richtschnur alles Handelns im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben werden. Dabei sind wir der Gewissheit, dass damit nicht nur unserem Tiefenziel, sondern auch unserem zeitlichen Wohl und dem Wohle unseres Standes und Volkes, ja selbst jenem der Menschheit am besten gedient ist. Für ein gerechtes, allen Sünden des Volkes gerecht werdendes Gemeinwesen ist in erster Linie die Einigung der Menschen entscheidend und erst in zweiter Linie die Art der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Eine diese Gemeinschaftsleben wirklich dienende Bezeichnung verlangt nur das Orientieren auszuüben. Gerade in dem Schwinden von den Ideen des Christentums und in den Bewegungen und der Gesellschaft außerhalb, liegt die tiefste Ursache der Zerstreuung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Von diesen Erwägungen ausgehend müssen wir auch die kommunistische Bewegung in erster Linie nach ihrer weltanschaulichen Einstellung beurteilen. Und da ergibt sich zwischen uns und dem Kommunismus eine unüberbrückbare Kluft. — Letzterer steht auf dem Boden der von Karl Marx vertretenen materialistischen Weltanschauung. In ihr ist weder Raum für einen Herrgott als Schöpfer des Weltalls und Lenker des Bebens- und Menschenreichs, noch für einen göttlichen Erlöser und ein göttliches alle Menschen gleichermaßen verpflichtendes Sittengesetz. Diese christlichen Gemeinwohlszeiten sind den wachsenden Kommunisten lediglich den wirtschaftlichen Verhältnissen und der durch sie bedingten gesellschaftlichen Schichtung entsprungene „Ideologien“, mit denen die jeweils herrschende Schicht ihre Herrschaft zu befestigen und die Unterdrückten „davon“ zu halten sieht. „Opium fürs Volk“, wie ein befürworter kommunistischer Anspruch lautet. Mit diesen „Ideologien“ sucht der Kommunismus aufzurücken. Hier kommt er keine Toleranz. Er ist der konsequente rücksichtslose Antidritt.

Das kommt schon zum Ausdruck im Programm der kommunistischen Internationale. Dort heißt es:

„Eine besondere Stellung hat unter den Aufgaben der die breiten Massen erfassenden Kulturrevolution der Kampf gegen das „Opium für das Volk“, die Religion. Dieser Kampf muss hartnäckig und systematisch geführt werden. Die proletarische Macht muss jede staatliche Unterstützung der Kirche, die eine Agentur der einst herrschenden Klassen ist, aufheben, jede Einwendung der Kirche in das staatlich organisierte Erziehungs- und Bildungswesen unterbinden und die konterrevolutionäre Tätigkeit kirchlicher Organisationen schonungslos unterdrücken. Die proletarische Macht lässt die Freiheit des Bekennens zu, führt aber gleichzeitig mit allen ihr zugänglichen Mitteln eine antireligiöse Propaganda, vernichtet die Vorangestellten und früheren Staatsreligion und gestaltet das ganze Erziehungs- und Bildungswesen auf der Grundlage der wissenschaftlich-materiellistischen Weltanschauung um.“ (Bon aus geprägt. D. B.)

Dieser programmativen Darlegungen entspricht auch die kommunistische Praxis in Russland. Die dortigen Machthaber nutzen ihre Machtmittel rücksichtslos aus zur Unterdrückung des kirchlichen und religiösen Lebens. Kirchen werden geschlossen und deren Vermögen beschlagnahmt. Vielfach hat man sie niedergeschossen, um Platz zu schaffen oder um Baumaterialien zu gewinnen; oder man hat sie in Arbeiterküls umgewandelt oder zu Museen erklärt. In den Universitäten gibt's keine theologischen Fakultäten und keine Seminare. Es werden auch

Die Textilkrise der Welt

Wiederholt ist in der „Textilarbeiter-Zeitung“ auf die strukturellen Wandlungen der Textilwirtschaft der ganzen Welt hingewiesen worden. Jene Verschiebungen in den organischen Aufbau und Verhältnis der Textilindustrie innerhalb der Haupt-Textilwirtschafts-Gebiete haben auch die konjunkturelle Entwicklung der Textilindustrie in den letzten Jahren außerordentlich stark beeinflusst. Diese Entwicklung wird gekennzeichnet durch den Übergang ehemaliger Rohstoffländer zum Industrialismus und durch die dadurch eingetretene Veränderungen auf den Rohstoff- und Absatzmärkten der Welt. Das Gleichgewicht der internationalen Textilindustrie ist verloren gegangen und einem außerordentlich starken Misverhältnis von Produktion und Absatz gewichen. Die Weltwirtschaftskrise musste unter diesen Umständen die internationale Textilindustrie in besonders schwerem Maße treffen.

Die Untersuchungen, die das Institut für Konjunkturforschung über die Welttextilkrise ange stellt hat und nun mehr veröffentlicht, geben nicht allein ein interessantes Bild von dem Umsange und der Bedeutung der Textilwirtschaft der Welt überhaupt, sondern augleich auch eine wertvolle Be stätigung für diese Entwicklung. Sie bestätigen, dass die Gesamtentwicklung der Welttextilwirtschaft seit dem Kriege einheitlich in der gekennzeichneten Richtung verlaufen ist und dass die letzten Ursachen der Welttextilkrise vornehmlich in diesen strukturellen Veränderungen zu suchen sind.

Die Textillieferanten der Welt.

Umfang und Bedeutung der Welttextilindustrie werden aus folgenden Feststellungen ersichtlich: Von den annähernd 130 Millionen Industriearbeitern der Welt sind nach vorliegender Schätzung annähernd 9–10 Millionen, also etwa 7–10 Prozent in der Textilwirtschaft der Welt beschäftigt. Sie entfallen zu 80 Prozent, d. h. mit mehr als 6 Millionen Textilarbeitern auf die Haupttextilproduktionsländer Deutschland, England, Frankreich, Italien, Russland, Amerika, Japan und Indien. Die genannten acht Länder erzeugen allein rund 85 Prozent der Gesamtproduktion der Welt an Textilien, die auf einen Bruttowert von 80–90 Milliarden Mark geschätzt wird. Der Nettowert dieser Gesamttextilherzeugung der Welt wird auf 36–40 Milliarden Mark geschätzt.

Die Verteilung dieser Gesamttextilproduktion der Welt entfällt in folgenden Anteilen auf die genannten Hauptzeugungs länder: Amerika 26 Prozent, England 18 Prozent, Deutschland 11 Prozent, Frankreich 9 Prozent. Auf diese vier Hauptproduzenten entfallen somit rund zwei Drittel der gesamten Textilherzeugung der Welt.

Die eingangs erwähnten strukturellen Wandlungen in der Textilwirtschaft der Welt haben gegenüber der Vor kriegszeit erhebliche Umwidderungen zur Folge gehabt. Die wesentlichen Merkmale derselben sind:

1. Der Übergang der Rohstoffländer, insbesondere in der Baumwollwirtschaft (Asien!), zum Industrialismus,
2. Übergang für- und osteuropäischer Länder zur nationalen Wirtschaftspolitik und textilen Selbstversorgung,
3. verstärkte Weiterindustrialisierung in den kapitalistischen Ländern (Amerika, Holland, Schweden, Schweiz).

Keine privaten Institutionen dieser Art gebildet. Damit wird die Ausbildung von Geistlichen unterbunden. Diese selbst sind politisch entrichtet und geächtet. Sie erhalten weder Gehalt noch Bezugsscheine für Lebensmittel und Bekleidung. Deren Preise sind aber im freien Handel fast unerschwinglich. Noch im Gebrauch befindliche Kirchen belegt man mit hohen Sondersteuern. Zu deren Aufrechterhaltung und zur Erhaltung seiner Erträge ist der Geistliche auf heimlichen Betteln angewiesen. Religiöse Bücher und Zeitschriften dürfen zwar theoretisch gedruckt werden, praktisch tun es aber die verstaatlichten Druckereien nicht. Private Druckereien aber werden immer weniger. Da die Papierförderung durch den Staat erfolgt, stellt dieser für obige Denkmämme einschließlich Papier zur Verfügung. So ist auch die Herstellung religiöser Bücher und Zeitschriften fast unmöglich gemacht.

Am stärksten und wirkungsvollsten aber kommt der kommunistische Kampf gegen die Religion in der Beeinflussung des jugendlichen Nachwuchses zum Ausdruck. Die öffentliche Erziehung liegt ganz in der Hand des Staates. Private Erziehungsanstalten werden ebenso wenig geduldet, wie eine freie Jugendbewegung. In den Schulen, Kindergarten und in den Jugendverbänden aber erfolgt nicht nur eine durchaus antireligiöse Erziehung, es wird auch eine hemmungslose Propaganda gegen Religion, Kirche und Geistlichkeit entfaltet. Große, überall ausgetragene Demonstrationen und Kundgebungen ergänzen diese Propaganda und pflanzen Hass und Abneigung gegen alles Religiöse in die Herzen der heranwachsenden Jugend. Unter den Schulkinder werden Kampagnen organisiert gegen die Feier der alten christlichen Feste und die Kinder mobil gemacht gegen die eigenen,

Diese Gesamteinflüsse haben eine außerordentlich starke Gleichgewichtsveränderung der internationalen Textilwirtschaft zur Folge gehabt, die sich aus folgender Gegenüberstellung ergibt.

Die Textilproduktion der Welt

betrug 1926/28 im Verhältnis zur Vorkriegszeit (1913 = 100):

Deutschland	94	Britisch-Indien	155
England	74	China	293
Frankreich	94	Japan	229
Österreich	119	Italien	162
Czechoslowakei	96	Südafrika	250
Schweiz	90	Brasilien	180
Norwegen	160	Amerika	170
Holland	115	Kanada	181
Rosia	154	Chile	164
Italien	124	Österreich	130

Diese Entwicklung hin ein starkes Vordringen der ehemaligen Rohstoffländer zur eigenen Produktionsfähigkeit zeigt, kann doch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden. Zu erwarten ist vielmehr, dass diese Tendenz sich nicht nur wie bisher auf die untersten und größten Verarbeitungswege beschränkt, sondern in Zukunft sich noch stärker auch auf die weitergehende und kompliziertere Weiterverarbeitung erstrecken wird.

Die gekennzeichnete Entwicklung kommt deutlich auch in der Veränderung des Baumwollspindestands der Welt zum Ausdruck. Von der Steigerung der Spindelzahl in den gesamten Baumwollindustrie der Welt um 20 Mill. Spindeln (11 Prozent) entfallen auf die europäischen Länder nur 4 Mill. Spindeln, auf Amerika 5 Mill. Spindeln. Die reelle Spindelzunahme von annähernd 11 Mill. Spindeln ereignet kommt auf die asiatischen Länder.

Der Baumwollspindelbestand der Welt

betrug 1920 (Mill.)

Europa	103,9	Asien	19,8
England	55,2	Japan	7,1
Deutschland	11,1	Indien	8,9
Frankreich	10,2	Amerika	38,8

= Weltspindelzahl 164,1.

Eine entsprechende Zunahme und teilweise starke Verschiebung zeigt auch die Entwicklung der Baumwollweberei, der Tuchindustrie und der Seidenindustrie. Auch die Produktionsentwicklung der Kunstseidenindustrie hat zu einer Zurückdrängung der europäischen – insbesondere der deutschen Kunstseidenindustrie – geführt, indem die amerikanische Kunstseidenindustrie mit rund einem Drittel der Weltproduktion an Kunstseide an die erste Stelle gerückt ist.

So ist das Bild der internationalen Textilwirtschaft gekennzeichnet durch verschärfte Krisendruck unter der doppelten Auswirkung der allgemeinen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zum einen und durch die Folgen der strukturellen Wandlungen innerhalb der Textilwirtschaft selbst zum anderen. Die europäische Textilindustrie aber wird dadurch in besonderem Maße betroffen. Sie trägt das Schwerpunkt der Krise in der Welttextilwirtschaft überhaupt.

Und der deutsche Kommunismus? Er ist um kein Haar besser. Im März wurde in Berlin eine kommunistische „Kultur“-Ausstellung nach russischem Muster veranstaltet. Die Ausstellung wies neben antireligiösen Broschüren und Zeitchriften Karikaturen unchristlicher Art auf, durch die kirchliche Wirkendräger und Geistliche sowie kirchliche Einrichtungen verhöhnt und verachtlich gemacht wurden. In besonderer Aufmerksamkeit war das Leben der Gottlosen angebracht mit dem Rezitativ: „Klaus, raus aus dem Gotteshaus, schmeiß die Opiumfabrikanten, schmeiß die Pfaffen raus!“

Im April fand in Leipzig die Reichstagung des Kommunistischen Gottlosen Deutschlands statt. Sie setzte sich u. a. zum Ziel, im Jahre 1931 300 000 Kirchenaustritte zu erreichen. Alle Ortsgruppen wurden verpflichtet, im Herbst eine systematische Kampagne zur Abmeldung vom Religionsunterricht für das Schuljahr 1932 einzuleiten. In den Arbeiterhäusern sollen planmäßig Diskussionen über den Kirchenaustritt herbeigeführt sowie örtliche Vorträge wie Kirchenaustritte, „Pfaffenbandole“ u. a. ausgeschlosset und zur Gewinnung des notwendigen „Materials“ eine gut organisierte Werbekampagne der kirchlichen Organisationen durchgeführt werden.

Im Reichstag brachten die Kommunisten zu Beginn des neuen Schuljahres einen Antrag zum Erlass des Reichsministeriums des Innern ein, der neben der völligen Trennung von Kirche und Staat die Beseiti-

gung der das Verhältnis zwischen Staat und Kirche regelnden Konkordate, die Beseitigung der staatlichen Unterstützung von Religionsgesellschaften, die Aufhebung der Gotteslästerungsparagraphen und des strafrechtlichen Schutzes der Religionsgesellschaften und das Verbot des Religionsunterrichtes in den Schulen verlangt. Weiter wurde die Reichsregierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung des Kirchenaustritts bringen sollte.

Die „Proletarische Freidenkerstimme“, das Organ der kommunistischen Freidenker, kommt mit einem Berliner Polizeipräsidium angeordnetes Erscheinungsverbot mit der Ankündigung folgender: „Wer bestätigt“: Organisierung von 120 000 registrierten Kirchenaustritten; Erhöhung der Mitgliederzahl des Verbands proletarischer Freidenker von 140 000 auf 200 000; Erfassung von 20 000 Kindern in den kommunistischen Jugendweihekursen; Schaffung von 150 Stützpunkten im Dorf und auf Gutshöfen und von 100 Freidenker-Frauenaktivitäten usw.

Die „Jugend-Internationale“, Kampforgan der internationalen kommunistischen Jugendbewegung, bringt im April/Mai-Hefte 1931 einen Bericht über eine in St. Gallen stattgefunden gemeinsame Konferenz mit katholischen Jungarbeitern. Diese sollen sich angeblich für die Sowjetunion ausgesprochen haben. Dennoch habe noch eine Kluft bestanden, und zwar in der weltanschaulichen Gebundenheit der Jungkatholiken. Wörtlich heißt's dazu in dem Bericht:

„Und wenn auch schon einige von diesen Jungkatholiken aus dem Opiumrausch erwacht sind, so müssen wir deutlich erkennen, daß das religiöse Opium noch Lourdes von Jungkatholiken gefangen hält und daß wir es uns zur Aufgabe stellen müssen, ihnen ein wichtiges Gegengift zu geben. Wenn wir Jungkommunisten in Deutschland die Einheitsfronttaktik richtig anzuwenden verstehen, dann wird sehr bald die katholische Jugend ihren Opiumrausch überwinden.“ (Bon uns gesperrt D. B.)

Räuberhaftig eine recht schändliche Einschätzung jener Jungkatholiken, die angeblich an einer Konferenz teilgenommen haben. Aber auch eine gute Charakterisierung der kommunistischen Einheitsfronttaktik.

Das Angerichtete durfte genügen, um den in feierlicher Versammlung anwesenden Freidenker und deren Helfershelfer gegen alles Religiöse dargatum. Kann aus einem solchen Nährboden eine gefundne sozialre, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung ersehen? unmöglich. Darum besteht, wie eingangs schon erwähnt, zwischen unsrer und den kommunistischen Ideen, zwischen unserem und dem kommunistischen Willen eine unabreißbare Kluft. Das unsern Mitgliedern, insbesondere unsrer Jugend zum Bewußtsein zu bringen, ist unsere Pflicht. Je rücksichtsloser die kommunistische Propaganda einsetzt, umso eifriger Räuber müssen wir für die Ideale und das Zielpfeilen unsrer Bewegung sein.

Die nationale Opposition

Rechtsradikalierter Fronttag erzielte im Reichstag der „Nationalen Opposition“ eine schwere aber wohl verdiente Abfuhr. Er sagte u. a.: „Der wahrhaft nationale Gedanke erwacht aus dem christlichen Gedanken. Wer wirklich national sein will, der muß auch danach handeln.“

Einst und jetzt

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren in abwechselnden Ermunterungen wiederholt die Forderung um Verkürzung der Arbeitszeit gestellt. Dieser Forderung wurde besonders leidenschaftlich der Unternehmer der ländlichen Wirtschaft entgegengesetzt. Der organisierte Arbeiter müßte das nicht weiter, denn etwas anderes als Widerstand seitens des Unternehmers ist er auch nicht gewohnt. Das Groteske an der Sache aber ist, daß trotz des Millionenheeres der Erwerbslosen nach Streiche auf dem Kapitalmarkt stehen die besten Unternehmen können nur durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit wieder hochkommen. Wer die Entwicklungsgefährde der deutschen Industrie kennt, mußte nun auch überall nicht Verkürzung der Arbeitszeit mit noch immer des Nachtschichtunternehmers gewesen. Sente wie auch Konservatoren und Jacob in einem Unterschied da. Heute jungen Arbeitern und Jugendbrigaden geht es besonders die Gewerkschaften für Erleichterung der ertragreichen Arbeitszeit. Ein Erfolg der Gewerkschaften und der Sozialpolitik ist es weiterhin, daß das Unternehmertum die Unternehmer und nicht wie vor Jahrzehnten auszurufen kann. Kinderarbeit in Betrieben kennen wir heute nicht mehr noch sehr wenig. Die Gewerkschaften berichtet uns aber, daß es nicht immer so war. Sie berichtet uns aber auch, daß die Unternehmer in der Fortsetzung auf Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeitnehmer gar nicht möglich waren. Ein kurzes Beispiel möge das beweisen. Der Zeitpunkt „Das junge Deutschland“ Sonderausgabe „Handwerk“ Jahre 1929 kam mit folgendem:

Mängelarbeiter und Zeichner gegen ausreichende Jugendarbeiter

Die beiden Mängelarbeitsbeamten räumen mit Erörterungen zur Förderung des Sozialen befreit, über die der folgende Bericht der oben erwähnten Vereinigung konstituiert aus dem Jahre 1929 verfügt:

„Verfügung aus dem Gesetz vom 16. Mai 1929 wegen Verkürzung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in den Betrieben, wonach Kinder unter 12 Jahren nur nicht, bis zu 14 Jahren nur jedes Stunden, bis zu 16 Jahren um jeden Stunden beauftragt werden dürfen, liegen dem Geiste jenes Gesetzes konträr.“

Die Stadtverordneten zu Stolberg bei Siegen beantragen, daß die Arbeitszeiten für Kinder unter 14 Jahren auf jede auf zehn Stunden, für solche über 14 Jahre auf

Die „neuen Arbeiterführer“

Was haben sie für die Arbeiterschaft bisher getan?

Es hat zu allen Zeiten Gewerkschaftshasser und Gewerkschaftsfürnde gegeben. Der organisierte Gewerkschaftshasser und die gewissen Ampelbelungen gegen die Gewerkschaft und unsre Führer sind aber vielleicht noch selten so in Erscheinung getreten, wie in der Zeit. Die eigentlichen Urheber, welche diese unfaire Kampfesweise herausbeschwören, sind einmal zu suchen auf linksradikaler Seite, zum anderen auf rechtsradikaler Seite.

Heute in der Zeit, wo die wirtschaftliche und soziale Not der Arbeiterschaft ins Maßlose gestiegen ist, wo die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft Rettung bedrängt würde, erfindet es die christliche organisierte Arbeiterschaft als eine traurige Tatsache, daß ein großer Teil der sozialen Arbeiterschaft im Lager der Gewerkschafts-

gegner zu finden ist. Die traurige Erscheinung aber ist, daß jene Kreise, denen die Gewerkschaften seit ihrem Beginn „unangenehm“ waren, durch die Notzeit es erzielt haben, Arbeiter gegen ihre eigenen Standesbrüder aufzuputzen. Die Arbeiterschaft auf linksradikaler Seite führt ihren Kampf gegen die Gewerkschaften, um so eher die wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, und dann die Arbeiterschaft ins Chaos hineinzuführen zu können. Auf rechtsradikaler Seite kämpft man für die „soziale Höherstellung“ der Schichten, die seit Kriegsende durch den Einfluss der Gewerkschaften nicht mehr den „Herrn im Hause“ standpunkt“ inne haben könnten. Obwohl beide radikale Richtungen sich schroff gegenüberstehen, vereinigen sich die Gedanken für die Bekämpfung der Gewerkschaften. Beide Richtungen erheben in der Gewerkschaftsbewegung ein Hindernis, um ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen näher zu kommen. Darum die Parole: Weg mit den Gewerkschaften! Die Gewerkschaften, die sozialen Einrichtungen und die Erfolge der Gewerkschaften werden nach allen Regeln der Kunst beschimpft und verleumdet.

Diese gewerkschaftsfeindliche Einstellung dieser „Arbeiterschicht“ gut die einzige der Gewerkschaften stark gehemmt. Es ist ja gerade bekannt, daß Elemente aus dem gewerkschaftlichen Lager sich jederzeit bereit finden, die gewerkschaftlichen Erfolge und Fortschritte öffentlich zu isolieren. In Versammlungen oder sonstigen Demonstrationen schlägt man mit den Fausten auf den Tisch, schimpft über die Gewerkschaftsführer und über die

Erfolge der Gewerkschaften — aber was verschweigen diese Arbeiterschicht?

Man verschweigt, daß durch die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften die soziale und materielle Hebung der Arbeiterschaft erfolgt ist.

Man verschweigt, daß die Gewerkschaftsführer durch ihre Tätigkeit in Kommune und andern Körperschaften durch ihr selbstloses Wirken Werte schaffen, die der Arbeiterschaft und der Volksgesamtheit zugute kommen.

Man verschweigt, daß täglich tausende Werk an sozialen Unterstützungen ausgeschüttet werden, die der Arbeiterschaft mehr nützen als die Methode, mit dem Suppenkopf zur Stieläuse zu laufen.

Man verschweigt, daß die Verbandsbeiträge nur im Interesse und für den weiteren Aufstieg der Arbeiterschaft verwendet werden. Daß die christliche Gewerkschaftsbewegung segensreich für die Arbeiterschaft gewirkt hat und auch in Zukunft für die Belange der Arbeiterschaft eintreten wird.

Das alles sagt man freilich nicht, weil sonst die Verleumdung gegen die Gewerkschaften und deren Führer in einem ganz anderen Lichte erscheinen würde. Man würde die eigene Lüge entlarven müssen. Den Gehirn geht es nicht um sachliche Aufklärung und nicht darum, der Arbeiterschaft zu helfen, sondern um Heze und Verleumdung um jeden Preis.

Wir fragen: Was haben jene Leute an positiver Arbeit für die Hebung der Arbeiterschaft getan im Vergleich zu den gewaltigen Leistungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung? Die Antwort kann nur lauten: Nichts.

Nichts hat die christliche Arbeiterschaft auch zu hoffen von diesen radikalen Geistern. Hah und Kampf reißen sich von links und rechts wie Hans, um die Gewerkschaften in ihrem Schaffen zu hemmen. Da gilt es vor allem, die Heze gegen die Organisation zu erwidern mit einer ebenso starken Aktivität für unsere christliche Gewerkschaftsidee. Das beste Abwehrmittel ist der selle Zusammenhalt in unseren sozialen Reihen. Die rechtsradikale Erziehung unserer Gewerkschaften und die eifige Teilnahme am Verbandsleben sind die Kraftquellen, um den Willen der Gegner zu brechen.

J. S.

Es mag jeden einseitigen Herrenstandpunkt fahren lassen und ganz gleich, welchen Standes er ist, in seinen Volksgenossen den gleichberechtigten Menschen anerkennen. Lebensgejährt für Land und Volk wird es werden, wenn eine oder gar mehrere partei politische Gruppen den Verdach machen sollten, obne oder gar gegen die Arbeitnehmerkraft zu regieren oder die Gewerkschaften zu zerstören. Wer die Schande der Arbeitnehmer und die Sozialversicherung und das Arbeitrecht ermäßig organisiert weg, wird sehr schnell der geschlossenen Front der organisierten Arbeitnehmerkraft gegenüberstehen, die nicht zum ersten Male sozialreactionäre Angriffe niederringt. Gegenüber der Lüge von der Stärke der Tarifverträge was Sichtlich daran hin, daß schon 1929 rund

77 v. H. aller tarifgebundenen Arbeiter im Akkord arbeiteten, der ja die größte Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit an die Produktionsverhältnisse der einzelnen Betriebe darstelle. Die Anpassungsfähigkeit sei darüber hinaus durch kurze Kündigungsschriften, durch die Möglichkeit, die Dauer der Arbeitszeit betrieblich zu regeln, des weiteren gegeben. Rund 64 v. H. aller Tarifverträge sind heute schon freiheit und sozialistisch. Die Tarifverträge ab 1. 1. sind zu einem großen Teile nur fragmentarisch. Mit der Befreiung des Schlüttungswesens und der Verbündlichkeitserklärung würde das Kerntück des gesamten Tarifrechtes vernichtet. Das Verfahren der Verbündlichkeitserklärung sei in sehr starkem Maße auch von den Unternehmen in Anspruch genommen worden.

heitszustand in ihre Heimat, als wie sie im Frühjahr daher kommen.

Eben nun, weil die Arbeit eine so leichte ist, kann sie nur von Knaben verrichtet werden, denn ein Erwachsener wird sich nie dazu hergeben, weil dabei nicht genug verdient wird, und weil ein erwachsener Arbeiter sich dieser Arbeit gewissermaßen schämt.

Aber ist es aber gar nicht ausführbar, die Arbeitssauer der Knaben täglich auf zehn Stunden zu beschränken, die Arbeitssauer auf den Steinöfen ist regelmäßig eine längere. Wird es bestimmt, so würden die aus weiter Ferne kommenden Arbeiter nicht so hinreichend verdienten, um durch ihre Arbeit sich und ihre Familien für den Winter zu versorgen; soll aber die Arbeitszeit der Knaben zehn Stunden nicht übersteigen, so liegt das selbstverständlich auch die erwachsenen Arbeiter lohn, indem diese nur fortarbeiten können, wenn ihnen unausgeführt die angefertigten Steine weggeschafft werden können.

Zweit, kann diese Forderungen, die leider nicht immer

bloße Forderungen blieben, dann kann sich jeder mit Leichtigkeit ausmalen, wie es um die Gesundheit der Kinder aussehen hat. Gewiß würden auch damals schon Gesetze erlassen, die der Ausbeutung der Kinder im Industriegebiet entgegenstehen sollten, aber wie ist mit deren Durchführung? Die Behörden erlagen dieß und die Reaktion gegen Jugendlichkeit. Die Durchführung und Verbesserung der Gesetze konnten erst erfolgen, als auch aus der Arbeiterschaft heraus der Selbsthilfegedanke kam. Diesem ist zum größten Teil die Verbesserung des Arbeiter- und Jugendsozialen zu verdanken und nicht den „Sozialen“ eingerichtet wurden.

Zweit, kann diese Forderungen, die leider nicht immer bloße Forderungen blieben, dann kann sich jeder mit Leichtigkeit ausmalen, wie es um die Gesundheit der Kinder aussehen hat. Gewiß würden auch damals schon Gesetze erlassen, die der Ausbeutung der Kinder im Industriegebiet entgegenstehen sollten, aber wie ist mit deren Durchführung? Die Behörden erlagen dieß und die Reaktion gegen Jugendlichkeit. Die Durchführung und Verbesserung der Gesetze konnten erst erfolgen, als auch aus der Arbeiterschaft heraus der Selbsthilfegedanke kam. Diesem ist zum größten Teil die Verbesserung des Arbeiter- und Jugendsozialen zu verdanken und nicht den „Sozialen“ eingerichtet wurden.

Amendementserklärung: Petitionen = Bittschrift; Modifikationen = Einschränkung.

Ferdinand Brauer †

Am 22. Oktober verschied im Alter von 59 Jahren der langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Männer unserer Bewegung. Seit nahezu 30 Jahren hat er seine weite über dem Durchschnitt stehenden Fähigkeiten in den Dienst seines Standes gestellt. Er war Mitbegründer des Verbandes, betätigte sich als Begeisterter und ganz besonders erfolgreich als Organisator. Später übernahm er den Voritz des Verbandes, den er in den schwierigsten Zeiten über alle Fährnisse hinwegbrachte, eine Leistung, die unter Berücksichtigung der besonderen Umstände nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Ferdinand Brauer war ein Flüsterer der Arbeitsamkeit und bekundete einen beispiellosen Pflichtsinn. Et genug das höchste Ansehen und war überall ob seiner lauterem Wesens und seiner Geduld beliebt. Auch als Politiker hatte er einen Ruf. Im Stadtparlament und im Provinziallandtag trat er oft als mahnhafter Verfechter einer gesunden Sozialpolitik hervor.

Seit fünf Jahren war Ferdinand Brauer von schwerer Krankheit geplagt, von der er durch einen sanften Tod erlöst wurde. Einer der Besten ist aus dem Leben geschieden, dessen Namen man allzeit mit Ehrfurcht nennen wird.

Die Landsknechte der Reaktion

Ein seltsames Gemisch, das sich da in Harzburg zusammenfand, einzig nur in der Opposition gegen die Nation. Sie sagen Vaterland und meinen sich selber. Die Hugenberger, Großagrarien, Syndici, Prinzen und pensionierte Generäle, der kleine Goebels und der große Wolf. Sie alle haben nur einen Wunsch, jeder allerdings einen anderen. Die einen sind verzerrt, möchten jeder Regierung, die sie nicht selber sind, eins auswischen und betrachten selbst die hohen Pensionen, die ihnen die Republik mehrmehrigerweise immer noch gewährt, lediglich unter dem Verdacht, die Staatsmänner zu schwachen. Goebels und Hitler wollen regieren, ganz allein, um jeden Preis. Wie, darüber nachzudenken hatten sie bislang noch keine Zeit, spielt auch keine Rolle, wenn sie nur erst einmal dran sind. Vorläufig vendeln die Nationalsozialisten zwischen dem Drange der Unternehmer und den sozialen Versprechungen, mit denen sie ihre Anhänger zusammenhalten, hin und her. Dass sie wissen, was sich für den zukünftigen Alleinherrschter Deutschlands noch hat Goebels, mal Hitler die besseren Chancen, gehört, das zeigen ihre Autos, die bei der nächsten Wahlversammlung unüberholbar blieben. Die überschuldeten Großagrarien und Großunternehmer wollen sich auf Kosten des Volkes und der kleinen Sparten wieder gefünd machen. Datum feiern sie noch einer neuen Inflation, zu deren Bekämpfung sie sich den in seiner Selbstgefälligkeit skrupellosen Herrn Schacht bestellt hatten. Und dann die unverhinderlichen Reaktionäre, die die Diktatur erstreben, um die alte Rangordnung wiederherzustellen. Herren und Landsknechte,

und die darum Tarif- und Schlächtergesetze sowie jegliche Sozialpolitik zerstören und den Arbeiter zum willenslosen Werkzeug ihrer Willkür degradieren möchten. Bei Geld hat Herrn Hugenbergs bislang schon sein Elsässertraum gekostet. Aber trotz der bezahlten Meinungsmaut seiner zahllosen Trabanten langte es bisher nicht, und so gedachte er durch die Tagung in Harzburg einen festen Block für sich zu schaffen. Das dachten die anderen, die da kamen, auch, und so war selbst die Fassade der „Nationalen Opposition“ von der jede Gruppe ihr besonderes Vaterland vertrat, heraus kläglich. Ein glänzend aufgemachtes Kinderpiel mit viel Toto und Tatulata und all den Knabenlauten, die solches Getue mit sich bringt.

So könnte man über den Block dieses Durcheinanders hinweggehen, wenn die rohe Kraft kampfloser Zusammenstellungen gerade in Krisenzeiten nicht die Gefahr in sich bergen würde, alles zu zerstören, und wenn nicht die Gesellschaft dabei eine so erbärmliche Rolle spielen. Wie alle großen Herren, hatten sich auch die Harzburger ihre Truppen mitgebracht, die „zial-Wolf“ zu tunten hätten, und deren Rolle sich in Heitrasen und Paradesäcken erschöpft. Kein sinnvollerlich getrennt an dem einen Ende der Stadt die Stahlhelme und an dem anderen die Hitlergarde, bereit auf einen Befehl von oben und gegen irgendjemanden, unter Umständen auch gegeneinander zu starten. Junge Angestellte und Arbeiter, auch viele Arbeitslose unter ihnen, die die 50 Pfennige Gold sehr wohl gebrauchen konnten. Die meisten von ihnen dürften in ihrem Privatleben um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen besorgt sein und glauben auch wohl ehrlich, dass ihr Tun ihnen zu Arbeit und Brod verhilft. In Harzburg aber waren sie nichts anderes als die Landsknechte der Reaktion, die hier das Feld beherrschte, und für die sie als Stoßtruppe dienten. Sie werden das zum Teil auch gefühlt und an Hitler herangefragt haben. Denn Hitler suchte ganz ernsthaft, von Hugenberg abzurücken. Wie dem auch sei: Harzburg hat klare Fronten gesetzt. Hugenberg hat die Hilfe Hitlers gesucht und gefunden, um damit seine reaktionären Pläne zu verwirklichen. Ob das ein Dauergebilde bleibt wird, und ob sich das alle Anhänger Hitlers gefallen lassen, mag dahingestellt sein. Jedoch gäbe es für alle Arbeiter, die ihr Recht auf Rentgenwürde zu verteidigen gewillt sind, nur eines, nämlich eine geschlossene Abwehrfront zu bilden gegen die „Nationalen Opposition“, hinter der sich in Wirklichkeit die vereigte soziale Reaktion verbirgt, die das Vaterland missbrauchen möchte, um ihre Machtgelüste zu befriedigen. National handelt, wer diesem erbärmlichen Gebilde den schärfsten Kampf ansetzt.

Zur Illustration des Christentums, das sie meinen und das aus dem Ammoniteil der Hugenbergläger jetzt bekannt ist, hatte der Festblock auch einen Feldgottesdienst im kalten Tal arrangiert, zu dem man sich einen amtreihobenen ehemaligen katholischen Geistlichen, Hoinka, und den bekannten Hofsprecher Doebring bestellt hatte. Die dazu abkommandierten Gewerksmannen hofften durchaus das richtige Gefühl, doch das dargebotene Szenario sei kein Gottesdienst sei, und so behielten sie ihre Rügen gleich auf. Die Beningen, bei denen eine überseiter geistliche Tradition noch etwas nachwirkt, und die

Zwangsbewirtschaftung der Arbeit?

Wenn die deutschen Unternehmer in jeder Beziehung, hauptsächlich aber auf dem Gebiet ihrer eigentlichen Unternehmensausgaben, so erstaunlich wären, wie bei der Prüfung von Schlagworten, mit denen sie ihre allgemeine unsoziale Gestaltung verbergen und profitwirtschaftliche Absichten zu verdecken suchen, dann hätten wir wahrscheinlich keine vier Millionen Arbeitslose. Immer wieder wird ein anderes Schlagwort aufgebracht, unter dem etwas ganz anderes verstanden werden kann, als damit gemeint ist, und das so lange und so oft gebraucht wird, bis es dermaßen verbraucht ist, dass es einem danach grauen könnte.

Da ist das Schlagwort vom „Marxismus“, das bis zum Überdruss oft und – was das schlimmste ist – meistens und wohl auch mit Absicht falsch gebraucht wird. Jede soziale Regelung der Arbeitnehmer, sogar der Zusammenschluss in Gewerkschaften auf nationalen Grundlage, wird als „marxistisch“ verschrien. Dadurch wurden die Vorstellungen vom Wesen des Marxismus so vermannt, dass das Wort kaum mehr zu gebrauchen ist, ohne es erst umständlich zu erläutern.

Bor einige Jahren tauchte irgendwo das auch heute noch sehr beliebte Schlagwort von den „sozialen Lasten“ auf, womit soziale Pflichten gemeint sind. Der Anfang, der damit getrieben wurde, hat zu einer grenzenlosen Verwertung und Verirrung geführt, so dass auch Steuern und Aufwendungen für Kapitalisten als „soziale Lasten“ angesehen werden. In Wirklichkeit gässt der Arbeitgeber die auf ihn entfallenden Sozialbeiträge nicht aus seinem Verdienst, sondern aus dem des Arbeitnehmers. Berichtet er die Betriebsarbeiten selbst und beschäftigt keine Arbeitnehmer, dann hat er auch keine „sozialen Lasten“ zu leisten.

Jahrelang wurde das Rationale so verzerrt und entstellt dargestellt, dass Tausende am nationalen Gedanken irre wurden, doch für sie sozialreaktionär und national ein und dasselbe ist. Eigentl. einer ohne jeden moralischen Halt, ohne jede politische Überzeugung, der anderntags schon wieder bei den Kommunisten untertauchen konnte, nicht als „national“, wenn er für über die bestehende Staatsform recht fleghaft und über die Sozialpolitik absälig äußerte und die Gewerkschaften und ihre Führer möglichst dummkopfig beschimpfte. Kein Wunder, dass ostdeutsche landwirtschaftliche Besitzer durch Zeitungsanzeigen „nationale“ und „nationalgesinnte“ Arbeiter suchen und in der Regel damit unorganisierte und gesinnungslose meinen. Wurde ihnen doch jahrelang eingeredet, dass nur der Arbeitgeber, der unzufrieden und recht anspruchsvooll und sozialreaktionär, und nur der Arbeitnehmer, der willenslos und ohne Selbstbewusstsein ist und sich dem Arbeitgeber bedingungslos unterwirft, „national“ sei.

In letzter Zeit ist in Arbeitgeberkreisen viel die Rede von einer „Zwangsbewirtschaftung der Arbeit“, die

darauf zwar schüchtern und schamhaft das Haupt bereits entblößt hatten, bedeckt es sehr schnell wieder, um sich nicht zu blamieren. Als die beiden Redner insgesamt eine Viertelstunde lang – länger durfte der alles andere denn gottesdienstähnliche Akt nicht dauern – die „Nationalen Opposition“ verherrlicht hatten, sangen die Teilnehmer das Lied vom „Gott, der Eisen machen ließ“, womit wohl dokumentiert werden sollte, dass sie zwar keine Gottesknechte, wohl aber Menschenknechte des Herrn Hugenbergs sein wollten. Ein symbolischer Akt, so innerlich unwohhaftig wie die Phrase von der „nationalen“ Haltung.

Die tarifpolitische Lage

in der Textilindustrie

Nachdem in der Textilindustrie durch die Arbeitgeber die Tarifverträge für sämtliche Haupttarifbezirke gekündigt wurden und überwiegend Ende Oktober zum Ablauf kommen, haben in der letzten Woche folgende Verhandlungen stattgefunden:

Für die westfälische Textilindustrie fanden Verhandlungen am 27. Oktober, und zwar für das Münsterland, für Bielefeld, Herford und Gütersloh statt. Die Arbeitgeber forderten für die einzelnen Tarifgebiete die Wiedereinführung der Lohnsätze vom Stande des Jahres 1926. Das kommt einer Herabsetzung der Löhne um 14 bis 15 Prozent und einer Kürzung der Sozialzulagen bis zu 50 Prozent gleich. Die Gewerkschaften haben für alle vier Tarifgebiete den Schlichter angerufen.

Für Westfalen fanden gleichfalls am 27. Oktober Verhandlungen vor dem Schlichter statt. Die Parteiverhandlungen verliefen ergebnislos. Die Schlichter kammer tritt daraus am 5. November zusammen. Für Ostfachsen finden Verhandlungen vor dem Schlichter am 20. Oktober statt.

Für die Niedersächsische Textilindustrie sind Verhandlungen für den 2. November vorgesehen. Die ersten Verhandlungen für den Direkten Bezirk finden am 30. Oktober statt. In der ersten Novemberwoche werden ebenfalls die ersten Verhandlungen für den Bezirk der rheinisch-westfälischen Textilindustrie beginnen.

Der Schiedspruch für die Textilindustrie in der Rheinpfalz, der eine Verlängerung der bestehenden Lohnsätze bis zum 31. Dezember d. J. vorsieht, ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Die Gewerkschaften haben bei dem Schlichter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragt.

Auf Antrag der Gewerkschaften ist der Schiedspruch für die Textilindustrie der Niedersachsen, der ebenfalls eine Verlängerung der alten Löhne bis 31. Dez. über d. J. vorsieht, vom Schlichter verbindlich erklärt worden.

Für die übrigen Tarifbezirke sind Verhandlungen bisher noch nicht festgesetzt. Eine Ueberprüfung über die allgemeine Lage kann im einzelnen deshalb noch nicht geben werden. Zweifelsfrei steht aber fest, dass überall die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne auf den Stand etwa des Jahres 1926 fordern.

beseitigt werden müsse. Die Beseitigung der „Zwangsbewirtschaftung der Arbeit“ wird als das Mittel gepriesen und empfohlen, das geeignet sei, alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere aber die Massenarbeitslosigkeit, zu beseitigen. Das klingt alles so, als ginge es wirklich darum, einen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich lästigen Zwang zu bejähren. In Wirklichkeit geht es der Arbeitgeberseite aber um etwas ganz anderes. Es sollen nicht nur die staatlichen Schlichtungseinrichtungen, es soll der Tarifvertrag überhaupt beseitigt und die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Willkür des Arbeitgebers überlassen werden!

Darum geht es der Arbeitgeberseite bei dem Verlangen nach Beseitigung der „Zwangsbewirtschaftung der Arbeit“. Und die Arbeitgeberseite will die Beseitigung jedes gesetzlichen Schutzes der Arbeitnehmer, die Beseitigung jedes faktisch und praktisch auch die Beseitigung des Vereinigungsrechtes für Arbeitnehmer zu dem Zweck, unter Nutzung der gegenwärtigen Notlage, hauptsächlich aber der Massenarbeitslosigkeit, die Löhne ungehindert herabsetzen und die Arbeitsbedingungen noch belieben verschlechtern zu können!

Gesagt wird das freilich ganz anders. Es wird so getan, als ob den staatlichen Schlichtern allgemein der notwendige Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die erforderliche Kenntnis der jeweiligen Wirtschaftslage fehle. Es wird von „starken Tarifen“ geredet und geschrieben und sich so gestellt, als sollten nur die Tarife elastischer und das ganze Tarifsystem beweglicher gestaltet werden. Es wird das klassische Ver sagen des Unternehmertums – nicht nur des deutschen – und seine Ratlosigkeit gegenüber der derzeitigen Wirtschaftskrise daran zu rechtfertigen versucht, dass behauptet wird, die „Richtung“ – womit das Unternehmertum sich in der Regel selbst meint – sei durch die Sozialgesetzgebung übermäßig gehemmt. Alle Schuld wird auf die Sozialpolitik und die Gewerkschaften abgeschoben versucht.

Damit wäre eigentlich die Situation genug genannt, dass es auch schon gesagt ist, dass ein verantwortungsbewusster Arbeitgeber gegenüber solchen Bestrebungen und Behauptungen zu verhalten hat. Er ist zur Abwehr gezwungen und verpflichtet, die sich mehr und mehr zur Notwehr steigert!

Für den christlichen Gewerkschaftler ergibt sich aus dieser Sachlage die Pflicht, alles aufzubieten, um den letzten Mann, die letzte Frau heranzuholen zur Abwehr!

H. B.

Geschäftsstellen-Konferenz Fulda.

Im Gesellenhaus Fulda tagte am 18. Oktober die Geschäftsstellenkonferenz Fulda. Nachmittags 2 Uhr eröffnete Bezirksleiter Kollege Lenning, die Konferenz und begrüßte die Vertreter der Ortsgruppen. Sie hatten erfreulicherweise alle Vertreter entsandt.

Kollege Lenning behandelte das Thema: „Arbeiterschaft und Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise“. Ausgehend von der weltwirtschaftlichen Lage behandelte der Redner besonders die Fragen der Lohn- und Sozialpolitik. Das Unternehmertum, das den Generaldirektoren und andern leitenden Angestellten gewaltige Gehälter und sonstige Vergütungen zahlte und der Arbeiterschaft die kargen Löhne nicht genügend herabsetzen kann, handelt falsch. Bevor man die niedrigen Löhne der Arbeiterschaft weiter kürzt, soll man die Lebensgewohnheiten der „Wirtschaftsjünger“ überprüfen. Die Brüder Lohausen sind ein gutes Beispiel auf diesem Gebiete. Der Bau des Schlosses und des großartigen Verwaltungsgebäudes haben mit zur Verschleuderung des Kapitals der Nordwolle beigetragen.

In seinen weiteren Ausführungen betonte Kollege Lenning, dass etwa drei Millionen Menschen durch dann arbeitslos bleiben werden, wenn die jetzige Krise überwunden ist. Die Leistungen von Mensch und Maschine sind gewaltig gesteigert worden. Sollen die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozess kommen, dann muss die Arbeitszeit verkürzt werden. Das Stieren auf die Löhne und Gehälter, die Bearbeitung der Öffentlichkeit und der Kampf gegen Tarif- und Schlichtungsweisen beseitigen nicht die Krise. Die Zusammenkunft der Schriftsteller in Harburg hat gezeigt, dass sie die staatliche Macht in ihre Hände bekommen wollen, um mit ihrer Hilfe ihre Forderungen durchzusetzen. Die Regierung Brüning war ihnen solange genehm, als sie die Arbeiterschaft belastende Notverordnungen herausbrachte. Jetzt, wo sie die Regierung mit den Kartellen und Aussichtsräten besetzte und die Tarifverträge nicht beseitigte, soll sie besiegt werden. Kollege Lenning schloss seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass ohne Gewerkschaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz gewaltig verschlechtert worden wären und sie ein Vollwerk gegen die Reaktion bilden.

An einer kurzen Pause sprach Kollege Maubach über die Frage: „Wie kommt die Arbeiterschaft am besten über die jetzige Krise hinweg?“ Die Antwort, die er seinen Ausführungen voranstellte, lautete: durch Stärkung der Gewerkschaften. Er erwies auf den Ernst der Lage, den Kollege Lenning vorzüglich gekennzeichnet hatte. Trotz der Vorgänge der letzten Zeit sei die Arbeiterschaft und besonders die Textilarbeiterchaft gleichgültig geblieben. Ein Gewerkschaftler, der auf die Stärkung unseres Verbandes bedacht sei, müsse die Ursachen dieser Schwäche zu erkennen versuchen. Man kann nur dann das Verhalten der Ünergonnierten bekommen.

Notwendig ist vor allem zur Stärkung des Verbandes die wöchentliche Einziehung der Beiträge und die Beibehaltung ihrer bisherigen Höhe. Die arbeitenden Mitglieder dürfen aus Rücksicht auf die Arbeit-

